



**ANPACKEN.
FÜR UNSER LAND.**

**Antworten der SPD zum Fragenkatalog
von
Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller AoEL e.V.**

1. die Lebensmittelversorgung weltweit gesichert wird und die anhaltende humanitäre Katastrophe des Hungers endlich behoben wird?

Aus unserer Sicht ist die weltweite Sicherung der Lebensmittelversorgung nur über eine Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik auf eine nachhaltige Landbewirtschaftung zu erreichen. Denn eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft will das Klima schützen, die Natur bewahren, die Menschen ernähren, und endliche Ressourcen schonen – national wie global.

Wir stellen uns hinter die Aussagen des Weltagrarrat, der in seiner im April 2008 vorgestellten Studie die Bedeutung einer nachhaltigen Landbewirtschaftung für die Ernährungssituation der Menschen eindringlich beschrieben hat. Darin wird die Bedeutung lokal angepasster Anbaupraktiken für die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung und für die Wirtschaft vor Ort hervorgehoben. Deutlich wird auch herausgestellt, wie diese selbstbestimmten Anbaupraktiken durch die Grüne Gentechnik und das System der Bio-Patente unterwandert werden. Statt zu einer Anbau-, Wirtschafts- und Handelssouveränität, führen sie zu Abhängigkeiten, immens steigenden Kosten und einem stark eingeschränkten Zugang der Landwirte zu Saat- und Pflanzgut.

Insbesondere finden alle Bemühungen der Entwicklungsländer Unterstützung, eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaftswirtschaft und natürliche, standortangepasste Produktionsweisen innerhalb der nationalen Grenzen zu befördern, die eine ausreichende Lebensmittelerzeugung mit dem Schutz natürlicher Ressourcen, wie insbesondere von Wasser, Boden und Naturhaushalt vereinen. Industriestaaten stehen in der Pflicht, durch entsprechenden Transfer von Know-how unterstützend tätig zu werden. Die Verpflichtung für die Regierungen, nationale Entwicklungspfade auszubauen und voranzutreiben, wird ausdrücklich mit dem Recht auf Nahrungsmittelsouveränität für alle Entwicklungsländer verknüpft.

Dies bedeutet auch, dass insbesondere Exportoffensiven für subventionierte, europäische Landwirtschaftsprodukte abgelehnt werden. Dies schließt auch Nahrungsmittelhilfen ein, sofern sie nicht als befristete Sofortmaßnahme bei aktuellen Notsituationen von einem betroffenen Land angefordert werden. Die Wirkung subventionierter Eingriffe von außen auf lokale Märkte in den betroffenen Drittländern ist kontraproduktiv und kann diese dauerhaft negativ beeinträchtigen. Daher wird das Recht nationaler Regierungen respektiert, zeitlich befristete Handelsbeschränkungen auszusprechen, um eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Nahrungsmittelerzeugung zu schützen.

2. Sozial- und umweltgerechte Handelsstrukturen rund um den Globus zügig befördert werden?

Es ist uns ein besonderes Anliegen soziale und ökologische Kriterien zur Grundlage des Welt Handels zu machen. So haben wir mit der Nachhaltigkeitsverordnung im Zusammenhang mit dem Biokraftstoffgesetz einen ersten Schritt in diese Richtung unternommen. Grundsätzlich kommt es darauf an, die Regeln der WTO entsprechend zu gestalten.

3. Stabile nationale Versorgungsstrukturen in der Ernährungswirtschaft gefördert werden?

Mit unserem Ziel, die Landwirtschaftspolitik auch auf EU-Ebene nachhaltig auszurichten, erreichen wir nicht nur qualitativ hochwertige agrarische Rohstoffe, sondern sichern die landwirtschaftliche Produktionsbasis beim Bodenschutz, Wassermanagement aber auch dem Erhalt der Biodiversität und artgerechter Tierhaltung. Effizientere standortangepasste Bewirtschaftungsformen sichern die Rohstoffversorgung der Ernährungswirtschaft und liefern Beiträge für eine nachhaltige Versorgung mit Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen. Wir wollen den ökologischen Landbau als nachhaltigste Wirtschaftsform weiterhin fördern und haben uns für das Ziel - 2015 20 % der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch zu bewirtschaften.- ausgesprochen.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass im Rahmen von Programmen zur Entwicklung ländlicher Räume Regionalbudgets und Regionalmanagementsysteme eingerichtet werden. Dadurch erwarten wir in den Regionen dezentrale und transparente Entscheidungen über deren Entwicklung in die Zukunft. Dadurch eröffnet sich die Möglichkeit für landwirtschaftliche Betriebe, ökologische oder konventionelle, sich zu beteiligen und eine Kommunikationsplattform geschaffen, um auf die Vorteile einer ökologischen Ausrichtung der Produktion hinzuweisen. Wir hätten damit einen Rahmen geschaffen, damit die Menschen vor Ort aktiv ihre Belange in Angriff nehmen können.

4. Umweltorientiertes Wirtschaften durch Internalisierung von Umweltkosten belohnt wird und dadurch zum Wettbewerbsvorteil wird?

Eine Internalisierung von negativen externen Kosten erfolgt in aller Regel über das Steuer- und Abgabenrecht. Wie die Erfahrungen mit der Ökosteuer wie auch der CO₂-Emissionshandel gezeigt haben, entwickelt sich gegen eine solche Strategie nicht nur in Deutschland erheblicher Widerstand.

Wir wollen, dass die Interessen einzelner Branchen der Land- und Ernährungswirtschaft nicht mehr über die Ziele des Verbraucher- und Umweltschutzes dominieren. Die Landwirtschaft in Deutschland ist für rund 5% aller Treibhausgasemissionen verantwortlich – in der EU 15 sind es rund 9 %. Gravierender noch ist ihr Einfluss auf die Beschaffenheit von Böden, Gewässern und auf die biologische Vielfalt. Insofern ist das Ordnungsrecht – etwa durch Definition maximal zulässiger Immissionen sowie Erhalt oder Wiederherstellung eines guten ökologischen Zustands – ein geeigneter Weg, um negative Effekte generell zu vermeiden.

Darüber hinaus besteht mit dem Subventionsregime in der EU indirekt die Möglichkeit, negative Effekte zu sanktionieren: Daher wollen wir weg von der Subventionspolitik landwirtschaftlicher Produktion mit der Gießkanne und hin zu einer Umwidmung dieser Mittel für die Unterstützung der Entwicklung ländlicher Regionen und die Erbringung gesellschaftlicher gewünschter Leistungen wie Gewässerschutz, Offenhaltung der Kulturlandschaften und Sicherung der Erholungsräume. Wir sind für klare Leitplanken zur nachhaltigen natur- und umweltschonenden Produktion. Wir wollen die biologische Vielfalt erhalten, Böden und Wasser schützen.

Die Landwirtschaft muss mehr zum Klimaschutz beitragen; dabei wollen wir sie unterstützen.

5. Regionale Entscheidungen zur gentechnikfreie Zonen rechtsverbindlich getroffen werden können?

Für uns hat der Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion Priorität. Wenn 80% der Verbraucherinnen und Verbraucher den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und den Einsatz in der Lebensmittelproduktion ablehnen, ist es für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion von zentraler Bedeutung, weiterhin sowohl ökologische als auch konventionell erzeugte Lebensmittel ohne gentechnische Verunreinigungen anbieten zu können.

Wir sehen weiteren Handlungsbedarf und werden uns für die Weiterentwicklung des EU-Gentechnikrechts einsetzen. Dazu gehört insbesondere auch, dass gentechnikfreie Zonen künftig verbindlich eingerichtet werden können.

- Die SPD setzt sich für die Überarbeitung des EU-Zulassungsverfahrens ein. Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen und Folgekosten der Einführung neuer GVO-Konstrukte sowie die Möglichkeiten und Kosten der Kontrolle müssen in die Bewertung einfließen und zur Versagung der Zulassung führen können. Besser überprüft werden muss auch die Unbedenklichkeit für Gesundheit von Mensch und Tier sowie für die Umwelt einschließlich der Langzeiteffekte. Am Verbot des Anbaus der gentechnisch veränderten Maissorte MON 810 halten wir fest. Hinweise auf negative Umweltauswirkungen und Effekte auch auf Nichtzielorganismen wie Bienen oder Schmetterlinge müssen stärker berücksichtigt werden. Die Zulassung solcher Pflanzen widerspricht dem Vorsorgeprinzip, schadet der Umwelt, der biologischen Vielfalt und der Lebensmittelproduktion.
- Wir unterstützen die Zusammenschlüsse konventioneller oder ökologischer Erzeuger zu gentechnikfreien Regionen, denn sie helfen mit, sich gegen gentechnische Verunreinigungen zu schützen, minimieren das Verunreinigungsrisiko und damit Kosten und Aufwand für Vorsorgemaßnahmen. Bisher sind solche Zusammenschlüsse nicht verbindlich, deshalb setzen wir uns für eine Verankerung im europäischen und nationalen Recht ein. Es muss den Regionen erlaubt sein, sich in einem demokratischen Verfahren verbindlich zu einer gentechnikfreien Region zu erklären. Dies steht in Einklang mit unserer generellen Auffassung, dass die regionale Entwicklung vor allem auch in der Region selbst definiert werden muss. Die Schaffung gentechnikfreier Regionen kann dazu beitragen, das Profil einer Region z. B. hinsichtlich der Ökologie oder des Tourismus zu schärfen, und sie erleichtert es der gentechnikfreien Land- und Ernährungswirtschaft, ihre Produkte frei von Verunreinigungen zu halten.

6. Der Artenschwund nachhaltig gestoppt wird und Maßnahmen zum Aufbau der Biodiversität ergriffen werden?

Siehe Antwort Frage 1 und 3

7. Das Bankenwesen soweit stabilisiert und strukturiert wird, dass es für den Mittelstand wieder ein verlässlicher Partner wird?

Der Schutzschirm für die Banken dient dem Zweck, die Finanzinstitute in die Lage zu versetzen, ihren eigentlichen Aufgaben, nämlich der Versorgung der Realwirtschaft mit Liquidität, gerecht zu werden. Nach Ansicht der SPD stehen die Kreditinstitute in Deutschland heute in einer besonderen gesamtwirtschaftlichen Verantwortung.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz ein systematisches Maßnahmenpaket mit einem Umfang von 480 Milliarden Euro in Form von Garantien, Rekapitalisierungshilfen und Übernahmen von Risikopositionen zur Unterstützung des deutschen Fi-

nanzmarktes geschaffen worden. Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) hat zur Bewältigung der Finanzkrise gute Arbeit geleistet.

Die SPD steht für einen Neustart der Sozialen Marktwirtschaft, damit mit klaren Regeln und Grenzen darauf hin gewirkt werden, dass im Mittelpunkt der Märkte wieder stärkere Verantwortung und Transparenz stehen. Banken und Investoren müssen ihrer Rolle als Finanziere von nachhaltigen realwirtschaftlichen Unternehmungen wieder gerecht werden. Die begonnene Reglementierung der Finanzmärkte muss konsequent fortgesetzt werden. Wir wollen striktere Regeln, welche gewährleisten, dass alle Banken, alle Produkte und alle Märkte reguliert werden. Diese können dazu beitragen, dass keine neuen Spekulationsblasen aufgebaut werden.

8. Forschungsgelder endlich konsequent für eine nachhaltige Ausrichtung der Nahrungsmittel-Produktion investiert werden?

Wir werden unsere Ziele in Bezug auf die Ausweitung des ökologischen Landbaus und insgesamt für eine nachhaltigere Landbewirtschaftung nicht erreichen, wenn die Forschung nicht intensiv und zielgerichtet weitergeführt wird. Wir sehen auch die Notwendigkeit, die Forschung in diesem Bereich zu verstärken. Konkrete Mittelzusagen zum jetzigen Zeitpunkt wären allerdings aus unserer Sicht unseriös.

Generell gilt: Die öffentlich geförderte Forschung durch Bund und Länder muss besser untereinander und mit der universitären bzw. außeruniversitären Forschung abgestimmt und der Wissenstransfer in die Praxis verbessert werden. Der Bundestag hat bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Neuordnung der Ressortforschung 2007 auf unsere Anregung hin eine Reihe von inhaltlichen und strukturellen Vorgaben beschlossen (u.a. die Beibehaltung des Instituts für ökologischen Landbau Trendhorst), und die Bundesregierung gebeten, einen Bericht über die inhaltliche Schwerpunktsetzung und die weitere Entwicklung vorzulegen.

Wir wollen die Forschungsförderung der Ministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Forschung und Umwelt stärker untereinander abstimmen und neue Schwerpunkte in der Forschung zur Unterstützung einer nachhaltigen Landbewirtschaftung setzen. Dabei muss die Förderung des ökologischen Landbaus eine besondere Rolle spielen.

9. Die Bürger von Klein auf den Wert von Lebensmitteln und gesunder Ernährung zu schätzen wissen?

2007 hat die Bundesregierung einen Nationalen Aktionsplan zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten vorgelegt, der in Zusammenarbeit mit den Bundesländern erarbeitet worden ist und die Ziele und Handlungsfelder aufzeigt, die in den nächsten Jahren vorrangig angegangen werden. Die Vermittlung und praktische Einübung von Ernährungswissen an Kindergärten und Schulen zählen dabei zu den zentralen Themen. Die Aktionen von Bund, Ländern und Zivilgesellschaft in diesem Bereich sollen besser unterstützt und vernetzt werden, um ein gesundheitsförderndes Lebensumfeld für unsere Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Für den Aktionsplan werden für den Zeitraum 2008 bis 2010 sowohl durch das Bundesgesundheitsministerium wie durch das Bundesernährungsministerium jährlich jeweils 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, er ist aber auf Dauer angelegt.

Die SPD wird auch in der neuen Legislaturperiode daran arbeiten, die Ziele des Aktionsplans weiter zu verfolgen.

Der SPD geht es um jedes einzelne Kind. Wir haben dafür gesorgt, dass es ab 2013 für jedes Kind vom ersten Geburtstag an einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt. Wir wollen daraus ein Recht auf Ganztagsbetreuung machen, in dessen Rahmen auch die Ernährung eine wichtige Rolle spielt. Unser Ziel ist es, das Angebot an Ganztagschulen flächendeckend auszubauen. Alle Kinder sollen sowohl in Ganztagschulen als auch in Kindertagesstätten an einem gesunden Mittagessen teilnehmen können. Die Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung steht für uns dabei an erster Stelle aller Anstrengungen. Dabei wollen wir letztlich eine vollständige Gebührenfreiheit, die allerdings erst schrittweise erreicht werden kann. An den dafür erforderlichen Mitteln wird sich der Bund beteiligen. Wir erwarten das auch von den Ländern, soweit es noch nicht geschieht.

Der SPD geht es auch darum, dass aus Kindern selbstbestimmte und selbstbewusste Erwachsene und Verbraucher werden, die für sich selbst entscheiden können, was gut für sie ist, und damit auch ihre Umwelt beeinflussen können. Einen Schlüssel dafür sehen wir in mehr Transparenz und verlässlichen Kennzeichnungssystemen, damit bewusste Kaufentscheidungen leichter getroffen werden können. Deshalb wollen wir u.a. die Ampelkennzeichnung für Lebensmittel und klare Aussagen über Inhalte, Eigenschaften und Herkunft der Produkte.